

# Dafür und dagegen : soll das Beschwerderecht der Verbände künftig eingeschränkt werden?

Autor(en): **Kleiner-Schläpfer, Marianne / Teuscher, Franziska**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **83 (2005)**

Heft 10

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-725824>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## Stadion subito! dbh



BILDER: KEYSTONE, ZVC

# Soll das Beschwerderecht der Verbände künftig eingeschränkt werden?

*Das Verbandsbeschwerderecht macht Schlagzeilen. Umweltverbände nutzen das Instrument intensiv im Interesse von Natur und Nachhaltigkeit. Zu intensiv, sagen Kritiker. Die bürgerlichen Gegner sehen dadurch Wachstum und Wirtschaft gefährdet.*

Die Schweiz leidet seit zehn Jahren unter Nullwachstum. Wir brauchen aber Wachstum, wollen wir Arbeitsplätze, Lehrstellen und Wohlstand schaffen sowie die Sozialwerke sichern. Die Umwelt ist allen lieb; auch die FDP setzt sich ein für eine lebens- und liebenswerte Schweiz! Mit der Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!» fordern wir aber eine Gesamtsicht mit Interessenausgleich zwischen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Verbandsbeschwerderecht hat sich pervertiert. Der VCS ist zur parastaatlichen Organisation geworden, die sich um Volksentscheide foutiert und auf rechtsstaatlich bedenkliche Weise Investitionen in Milliardenhöhe blockiert. Wir Freisinnigen wollen, dass die Verbandsbeschwerde nach Volksentscheiden und nach Beschlüssen der Parlamente auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene ausgeschlossen wird.

Gültig bleibt hingegen materielles Recht wie Planungs- und Baubewilligungsverfahren, öffentliche Planaufgabe, Um-



**DAFÜR:** Marianne Kleiner-Schlöpfer, Nationalrätin FDP AR, Vizepräsidentin FDP Schweiz

weltverträglichkeitsprüfung, Genehmigungsverfahren für Raumpläne, Behördenbeschwerde, Rekursrecht der Betroffenen und aufsichtsrechtliche Mittel.

Es ist nicht am VCS zu bestimmen, wo ein Laden entsteht, wie gross er sein darf, wie viele Kunden, wie viele Fahrten bei welchen Parkplatzgebühren zulässig sind, welcher Gebührenanteil an Gemeinde und öffentlichen Verkehr abzuliefern ist und dass ein kostenloser (!) Heimlieferdienst geschaffen werden muss. Diese Entscheidungen fallen bei einem Ja zu unserer Initiative wieder in die Zuständigkeit des Souveräns und der demokratisch gewählten Behörden, wo sie auch hingehören!

Der Nahrungsmittelsektor erlebt einen erbitterten Verdrängungskampf. Migros und Coop expandieren auf die grüne Wiese. Die deutschen Billiganbieter Lidl und Aldi überrollen mit neuen Läden die Schweiz. Wenn der Quartier- oder Dorfladen schliesst, ist dies gerade für ältere Menschen, Berufstätige und Leute ohne Auto ein Problem. Neue Discounter am Stadtrand bringen mehr Verkehr, mehr Lärm und mehr Gestank. Schon heute verbauen wir jede Sekunde einen Quadratmeter Landschaft. Pro Jahr sterben mehr Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung als im Strassenverkehr.

Das Verbandsbeschwerderecht ist ein äusserst wichtiges und wirksames Instrument zum Schutz von Mensch und Umwelt. Es hat sich bewährt und wird von den Umweltverbänden überlegt und mit Erfolg eingesetzt. Ohne Verbandsbeschwerde gäbe es viele wunderschöne Naturlandschaften wie den Aletschwald oder die Greina-Ebene heute nicht mehr. Aber viele Bürgerliche wollen Wachstum um



**DAGEGEN:** Franziska Teuscher, Nationalrätin Grüne BE, Präsidentin Verkehrsclub der Schweiz (VCS)

jeden Preis. Sie richten für kurzfristige Profite langfristigen Schaden an. Darum arbeiten SVP und FDP an einer Aushöhung der Verbandsbeschwerde.

Doch gerade der Marktauftritt von Aldi und Lidl in der Schweiz zeigt: Das Verbandsbeschwerderecht muss verstärkt und nicht geschwächt werden. Denn die deutschen Preisbrecher halten ihre Ladenflächen genau unter jener Limite, ab der das Gesetz eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorschreibt. So schlüpfen sie durch die Maschen der Umweltschutzgesetzgebung, obwohl sie fast ausschliesslich auf eine automobile Kundschaft setzen und erheblichen Mehrverkehr generieren. Diese Gesetzeslücke müssen wir stopfen.